

Vormwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Hausdurchsuchung bei den Deutschvölkischen

Verhaftung mehrerer Ortsgruppenführer.

Im Auftrage der Abteilung IA des Berliner Polizeipräsidiums fand heute Vormittag eine Hausdurchsuchung in den Bureaus der Deutschvölkischen Freiheitspartei in der Dessauer Straße statt. Unter Führung des Kriminalkommissars Schenk besahen 12 Beamte in Uniform und 12 Kriminalbeamte die Geschloßräume und nahmen eine Durchsuchung der einzelnen Bureaus vor. In den Zimmern der Abgeordneten Wulle, v. Graefe und Henning wurden zahlreiche Schriftstücke, Broschüren usw. beschlagnahmt. Die Hausdurchsuchung dauerte etwa vier Stunden. Das beschlagnahmte Material ist der Abteilung IA des Polizeipräsidiums zugeführt worden.

Im Zusammenhang mit dieser Hausdurchsuchung sind mehrere Verhaftungen von Ortsgruppenführern der Deutschvölkischen Freiheitspartei vorgenommen worden. So wurde in seiner Wohnung ein Kaufmann Schulz aus Karlsruh, der Vorsitzende der dortigen Ortsgruppe, verhaftet, ferner der Hilfsredakteur bei der „Deutschen Zeitung“ zur Redden, der Vorsitzender der Ortsgruppe Schöneberg war, sowie der Ortsgruppenführer aus Wilmersdorf, Kaufmann Geyer. Die Verhafteten sind in das Polizeipräsidium gebracht worden, wo ihre Vernehmung stattfinden soll.

Bund Blücher.

Frankzösische Handgranaten - Putschprovokationen.

Frankfurt a. M., 21. März. (Eig. Drahtbericht.) Ueber die Gründe, die vor einer Woche zur Verhaftung von fünf Mitgliedern des „Bundes Blücher“ geführt haben, wird jetzt Näheres bekannt. Die Verhafteten sind der Leiter und stellvertretende Leiter sowie der Sekretär der Zweigstelle Frankfurt des Bundes, der in München seinen Sitz hat, und zwei Kaufleute, die ihm angehören und von denen einer im letzten Sommer wegen Diebstahls und Hehlerei zu vier Monaten Gefängnis verurteilt worden ist. Im Februar wandten sich der Bundessekretär Hille und die Kaufleute Rehger und Kullmann an den französischen Verbindungsbeauftragten in Frankfurt, Kapitän de Pomarede, dem sie den Vorschlag unterbreiteten, dadurch Unruhen zu verursachen, daß sie eine Synagoge in die Luft sprengen. Zu diesem Zweck sollten ihnen die Franzosen Kraftwagen, Handgranaten und Geldmittel zur Beschaffung stellen. Dafür wollten man am 3. März, dem jüdischen Purimfest, das geplante Attentat ausführen. Dem Kapitän trugen die „Blücher“-Beute ihren Plan persönlich vor. Er zeigte sich sehr interessiert und verwies die Beute an einen französischen Spezialkommissar Robert nach Höchst. Auch dort besprachen sie ihre Pläne an Hand von Skizzen eingehend mit dem Offizier Le Porraint und wo die endgültigen Abmachungen über die Ausföhrungen des Planes getroffen werden sollten. Als die drei Blücher-Bündler sich dort einfanden, wurde ihnen jedoch ein etwas kühler Empfang zuteil. Anscheinend hatten die Franzosen in der Zwischenzeit von der Verhaftung der Münchener Verschwörer des Blücher-Bundes Kenntnis erhalten. Das Spiel wurde ihnen zu gefährlich, und sie schickten daher die drei Verhafteten nach Frankfurt zurück, wo denn die Verhaftung erfolgte.

Vor der Fahrt nach Mainz war der Frankfurter Kreisleiter auf einen Tag nach München gefahren, um mit dem Bundesvorsitzenden das Attentat zu besprechen. Er mußte jedoch unverrichteter Dinge zurückkehren, da seine Münchener Vorgesehten bereits hinter Schloß und Riegel saßen. Wenige Stunden später wurde auch er in Frankfurt festgenommen; dabei wurde unter den bei ihm beschlagnahmten Papieren auch ein ausführlicher Bericht über die Verhandlungen mit den Franzosen, der für die Münchener Bundesleitung bestimmt war, vorgefunden. Ein in das Scheidemann-Attentat verwickelter Leutnant Heinz gab als letzten Ausweg dem Pat. selbst Anzeige bei der Polizei zu erstatten, weil er hoffte, man könne dadurch aus der Falle herauskommen.

Die Angaben der Frankfurter Polizeidirektion über die in Frankfurt verhafteten Blücher-Beute können dahin ergänzt werden, daß der Walter Beihlke zum Hochverrat verhaftete Studentener. v. Wolter Eberhardt am 4. März an der Münchener Felddienstaube der nationalsozialistischen Sturmabteilung in der Hundsrückstraße der Brigade Ehrhardt teilnahm und überlaßens der Vorführung des Allgemeinen Studentenausschusses der Münchener Technischen Hochschule ist.

In Thüringen ist man auf der Hut.

1. März, 21. März. (Eig. Drahtbericht.) In Sonneburg ist ein veräppelter nationalsozialistischer Klub „Titania“ aufgelöst worden, da es sich um eine Nebengesellschaft des „Völkischen Beobachters“, des Organs der auch in Thüringen verbotenen nationalsozialistischen Arbeiterpartei, handelt. Eine Persönlichkeit, die besonders stark mit rechtsradikaler Betätigung befaßt ist, meidet seit einigen Tagen Sonneberg, anscheinend in der Befürchtung, daß man ihr einige peinliche Fragen vorzulegen gedenkt. Auch an anderen Stellen Thüringens sind bedeutende Untersuchungsresultate zu verzeichnen. Die Untersuchungen über die neuesten Vorgänge im rechtsradikalen Lager sind indes noch nicht abgeschlossen. Weitere Veröffentlichungen müssen daher vorerst unterbleiben, da Verdunkelungsgefahr besteht.

Heim redet gegen Hitler.

München, 22. März. (Eigener Drahtbericht.) Auf einer Tagung des Landesauschusses der Bayerischen Volkspartei wollte sich Dr. Heim mit bemerkenswerter Schärfe gegen die Rufe der Führer unter den Rechtsradikalen „Die Treibereien gewisser Kreise erwecken den Anschein, als ob Bayern für manche Beute der Probegerzterplach für Dummheiten sein soll. Diese Beute haben kein Hintchen bayerisches Gefühl. Sie haben kein Interesse daran, daß Bayern nicht versaut wird, und es wäre schade um die Knochen eines jeden bayerischen Studenten, der einer solchen Politik geopfert werde. Ich bin Sozialist immer gewesen und bleibe es!“

Deputiertenkammer und Ruhrkredite.

Paris, 22. März. (Eig.) Der Vorsitzende der Finanzkommission der Kammer, Dariae, hat gestern eine Anfrage an den Ministerpräsidenten gerichtet, wann dieser vor der Kommission erscheinen könne, um ihr die notwendigen Erklärungen über die für die Aktion im Ruhrgebiet geforderten Kredite abzugeben. Dariae hat dem Ministerpräsidenten bereits einen Fragebogen über diese Angelegenheit zugeföhrt.

Die morgige Sitzung des ausführenden Komites der radikal-sozialistischen Partei wird sich mit der Stellung beschäftigen, die die Mitglieder dieser Partei bei der Abstimmung über die Kredite für das Ruhrgebiet einnehmen sollen. Die Partei hält zwar alle ihre Einwendungen gegen die Besetzungspolitik aufrecht, hat aber beschlossen, die Kredite zu bewilligen.

Englands Angst vor Frankreich.

London, 22. März. (W.T.B.) Im Oberhaus verwies Lord Birkenhead auf das starke Mißverhältnis zwischen den Flugstreitkräften Großbritanniens und Frankreichs. Er sagte, Großbritannien habe sowohl zu Lande als auch zur See ein großes Risiko durch die Einschränkung seiner Rüstungen auf sich genommen. Was die Luftkette betreffe, so habe es 371 Flugzeuge, Frankreich dagegen 1260, und im Jahre 1925 würden die entsprechenden Zahlen 575 bzw. 2180 betragen.

Im Namen der Regierung erwiderte der Herzog von Southampton, Lord Birkenhead sei Mitglied des Ausschusses gewesen, der im Jahre 1919 den Grundlag aufgestellt habe, daß mit Rücksicht auf die allgemeine europäische Lage während der nächsten zehn Jahre kein größerer Krieg zu erwarten sei. Wenn das britische Kabinett zu der Ansicht gelangt sei, daß dieser Grundlag heute nicht mehr richtig sei, wenn der Reichsverteidigungsausschuss, der jetzt die ganze Frage nachprüfe, dieselbe Ansicht vertritt und wenn die Lage eine größere Luftstreitmacht erfordere, dann sei es durchaus möglich, daß eine stärkere Luftmacht aufgestellt werde.

Angeblliche Entspannung im Ruhrgebiet.

Paris, 22. März. (Eig.) Die Pariser Morgenzeitungen beschäftigen sich lebhaft mit der Entspannung, die im Ruhrgebiet eingetreten sein soll. „Petit Parisien“ schreibt in seinem Leitartikel, die beginnende Entspannung werde jedenfalls in den finanziellen Kreisen der Schweiz, Englands und der Vereinigten Staaten als ein Vorzeichen für das Aufhören des deutschen Widerstandes angesehen. Dies zeige sich in dem Steigen des französischen Front. Jetzt habe man in Frankreich und Belgien nur noch ohne Ungeduld und ohne Respekt das Ende des Zweikampfes abzumarten und inzwischen soviel Rats wie möglich für die französische und belgische Eisenindustrie zusammenzubringen, damit diese vor Arbeitslosigkeit und Arbeiterentlassungen bewahrt wird. Frankreich werde es verstehen, so lange zu warten, als notwendig ist, um Berlin zu veranlassen, vorläufige Angebote zu machen. Frankreich will weder den Zusammenbruch noch die Zerstörung oder die Zerstückelung Deutschlands und kleinerer Anexionen; aber zwei Dinge verlange es auf jeden Fall, die Deutschland ihm unbedingt geben muß, wenn es will, daß Frankreich die Ruhr frei gibt, nämlich: die Reparationen, zu denen sich Deutschland im Versailler Vertrag verpflichtet hat, und die Sicherstellung Frankreichs am Rhein.

D'Abernons Londoner Mission.

London, 22. März. (W.T.B.) Der englische Gesandte in Berlin, Lord D'Abernon, ist Dienstag nachmittag in London eingetroffen und hat bereits Dienstag abend eine Unterredung mit Bonar Law und Lord Curzon gehabt. Der diplomatische Korrespondent der „Westminster Gazette“ berichtet, aus an'orientaler Quelle erfahren zu haben, daß Deutschland beschließen werde, Frankreich zur Regelung der Reparationsfrage neue Vorschläge zu unterbreiten. Diese Vorschläge werden aber nicht nur Frankreich, sondern allen Verbündeten übermiffelt werden. Mit dieser Absicht steht auch der Besuch des Botschafters in Verbindung.

Ein Zwischenfall.

Der Betriebsrat verhindert die Kontrolle.

Auf dem Flugplatz Staaken erschien, wie die Eco-Korrespondenz meldet, gestern vormittag eine Abordnung der internationalen Militärkommission und verlangte eine Betriebsbesichtigung. Da der Betriebsleiter nicht zur Stelle war, wurde der Betriebsrat zusammenberufen, der den in Zivil erschienenen Offizieren erklärte, daß, falls sich ein Franzose oder Belgier unter ihnen befände, der Betriebsrat für die Sicherheit dieser Herren während der Besichtigung keine Garantie übernehmen könne. Der Führer der Abordnung erklärte darauf, daß sich ein Belgier unter ihnen Befände, und daß er infolge der Erklärung des Betriebsrats (am gestrigen Tage) darauf verzichten wolle, den Betrieb zu besichtigen. Die Kommission fuhr darauf nach Berlin zurück.

Von anderer Seite wird gemeldet, daß es sich nicht um die Militärkontrollkommission, sondern um das Interalliierte Luftfahr-Garantie-Komitee handelte. Danach habe der Betriebsrat erklärt, daß die Arbeiter sofort die Arbeit niederlegen würden, wenn der Belgier den Flugplatz betrete.

Um Frankreichs Sicherheit.

Nachdem die Regierung Poincaré die Frage der militärischen Sicherheit Frankreichs wieder offiziell aufgerollt hat, ist es an der Zeit, in einigen nach allen Richtungen hin offenen Bemerkungen zu ihr Stellung zu nehmen. Zunächst sei festgestellt, daß es in der jetzigen Situation auch den objektivsten deutschen Arbeitern wie blutiger Hohn anmutet, wenn das Problem so gestellt wird, als wäre die Sicherheit Frankreichs bedroht. Viel aktueller und brennender ist die Frage der Sicherheit Deutschlands gegenüber dem französischen Militarismus und Imperialismus. Daß Deutschland gründlich entwaffnet ist, das beweisen am allerdeutlichsten die Ereignisse der letzten zwei Monate; und es ist eine widerliche Heuchelei, wenn auf französischer Seite noch immer so getan wird, als wären die Bestimmungen des V. Teiles des Versailler Diktates ungenügend durchgeführt.

Diese Feststellungen entbinden uns jedoch nicht der Pflicht, zu einem nunmehr offiziell aufgeworfenen Problem, das allem Anschein nach in den kommenden Monaten eine ebenso hervorragende Rolle spielen wird, wie die Reparationsfrage, aus realpolitischen Gründen sachlich Stellung zu nehmen. Wir wissen, daß sich hinter den pharisaischen klingenden Forderungen und Klagen Frankreichs eine teils aufrichtige, teils sogar berechnete Sorge um die Zukunft verbirgt, die uns aus den verschiedensten Gründen begreiflich erscheint.

Der eine Grund ist allgemein bevölkerungspolitisch. Auch das verstümmelte Deutschland des Versailler Vertrages ist um über 20 Millionen Menschen reicher geblieben, als das durch die Einverleibung Elb-Lothringens vergrößerte Frankreich. Die Zahl der Toten des Weltkrieges ist in beiden Ländern etwa die gleiche gewesen, sie trifft daher an sich schon das menschenärmere Frankreich schwerer als das eher an Menschenüberfluß leidende Deutschland. Hinzu kommt aber die Tatsache, daß das schon in den Jahrzehnten der Vorkriegszeit immer trostloser hervorgegangene Mißverhältnis zwischen dem Bevölkerungszuwachs beider Länder auch jetzt wieder in Erscheinung tritt. Trotz der eifrigen Bevölkerungspropaganda, die seit Kriegsende in Frankreich getrieben wird, bleibt es in Frankreich offenbar bei dem Zweikinderkostem, während man in Deutschland trotz aller volkswirtschaftlichen Erkenntnisse eher in dem umgekehrten Fehler fortzufahren neigt. Und nun bedenke man, was die 1% Millionen Gefallenen für ein Land bedeuten, in dem die Mehrzahl der Familien nur einen Sohn zählten; sie bedeuten eben soviele, daß Zehntausende von Familien drüben einfach erlöschen werden, eine Tatsache, die erst in fünfzehn bis zwanzig Jahren voll in Erscheinung treten wird. Es wird dann eine Periode kommen müssen, in der der Geburtenrückgang in Frankreich mit unheimlicher Geschwindigkeit fortschreiten wird, während dagegen die Folgen des 1% Millionen Männerverlustes Deutschlands längst wieder weitgemacht sein dürften.

Der zweite Grund ist außenpolitischer Art. Frankreich stellt zwar gerne den Sieg von 1918 als einen französischen Sieg hin und vergißt allzu leicht, daß es in erster Linie ein Sieg der Alliierten Frankreichs war. Aber innerlich fühlt jeder Franzose sehr wohl, wenn es auch nur die wenigsten offen eingestehen, daß sein Land einfach zerschmettert worden wäre, wenn es sich 1914 nur um eine Wiederholung des Zweikampfes von 1870-71 gehandelt hätte. Und wenn heute, vier Jahre nach der Friedenskonferenz, die Franzosen Umlchau nach ihren Bundesgenossen des Weltkrieges halten, so ist der Anblick, der sich ihnen dabei bietet, ziemlich beforgnisserregend. Die Entente besteht nicht mehr. Rußland ist bereits während des Krieges abgesprungen und steht allem anderen als einem Bundesbruder eines späteren Konfliktes gleich. Als erstes Land nach dem Kriege hat ihnen Amerika, das Frankreich, dank Ludendorff, Hergl, Tschip und sonstigen U-Boot-Strategen, im entscheidenden Augenblick reitete, den Rücken geföhrt. England ist den Vereinigten Staaten gefolgt, auf Italien ist kein Verlaß, den Polen traut man nicht, obwohl man sich vor keinem rissigen und moralischen Opfer scheut, um sich deren Freundschaft warmzuhalten, den Tschechen traut man noch weniger, die Balkanstaaten haben ihre eigenen Sorgen und Gegner, die nicht mehr bei den einstigen Mittelmächten, sondern z. T. bei den eigenen Verbündeten des Weltkrieges zu suchen sind. Als einziger, magerer Trost bleibt Belgien, das sich aber nur widerstrebend zum ewigen Vasallen herabdrücken läßt, zumal es mit den schwersten, sich zuspühenden internen Konflikten (Flamen und Wallonen) in jedem Falle und besonders in diesem Falle rechnen muß. Das alles ist für vorausschauende Franzosen recht peinlich, ja sogar unheimlich. Lange Zeit haben nur die wenigsten drüben den wahren Grund dieser rapiden Veränderung der Weltlage Frankreichs eingesehen. Die große Presse und die große Masse begnügten sich mit allgemeinen Redensarten von „Egoismus“ und „Bergeßlichkeit“. Heute wächst aber die Zahl derer immer mehr, die endlich erkennen, daß Frankreichs Isolierung eine Selbstisolierung ist — ähnlich wie die Selbstentfremdung Deutschlands vor dem Kriege —, verschuldet durch die imperialistische Machepolitik des nationalen Bloks, die immer größere Beunruhigung in der Welt hervorruft muß. Die Ruhrinvasion hat diese Entwicklung jedenfalls gefördert und beschleunigt, und dies wird endlich auch von bürgerlichen Republikanern erkannt und ausgesprochen.

Der dritte Grund hängt damit sehr eng zusammen: es ist nämlich das schlechte Gewissen. Es mag sein, daß in

der Siegespsychose von 1918-19 nur die wenigsten Franzosen bewußt auf die Knechtung Deutschlands bei der Aufstellung der Friedensbedingungen ausgegangen sind. Die meisten, durch eine jahrelange einseitige Kriegsschuld- und Greuelpropaganda bearbeitet, haben sich vielleicht wirklich eingebildet, daß die Versailler Bedingungen einer höheren Gerechtigkeit entsprangen. Allmählich haben sie jedoch eingesehen, daß dieser Vertrag und seine Durchführung die unerträglichste Belastungsprobe für die Psyche des deutschen Volkes bedeuteten. Aber aus dieser Erkenntnis zogen sie ganz verkehrte Konsequenzen. Sie dachten, daß sowohl die „Chre“ wie auch das „Interesse“ Frankreichs mit der strikten, unbarmherzigen Durchführung auch der unmöglichsten Bedingungen verknüpft seien. Das ergab eine unheilvolle Verstrickung, die um so schlimmer wurde, als die unvermeidliche moralische Rückwirkung des Wiedererstarrens des Nationalismus in Deutschland eintrat: Hunderttausende, die in der ersten Zeit nach dem Kriege einer Politik der Verständigung und des Friedens mit Frankreich zuneigten und dem Rufe „Nie wieder Krieg!“ aufrichtig folgen wollten, sind durch den Nationalen Blödsinn in die Arme jener deutschen Revanchephanastien getrieben worden, die nur eine verschwindende Minderheit in unserem Lande bilden. Mag sein, daß einige verbesserliche Politiker und daß vor allem einflußreiche Militärs bewußt darauf hingearbeitet hatten, durch Brutalitäten und Demütigungen den deutschen Chauvinismus zu entfachen, um sich nachher auf das Wiedererwachen einer „deutschen Gefahr“ berufen zu können und auf diese Weise die Fortführung und Steigerung ihrer reaktionären und imperialistischen Politik durchzuführen. Die große Waffe aber war in ihrer absoluten Ignoranz und Naivität sichtlich übersehen und erschrocken über die Entwicklung der Dinge in Deutschland. Hätte Frankreich mutige, wirkliche Staatsmänner besessen, dann hätte es seine Fehler erkannt und einen neuen Kurs Deutschland gegenüber eingeschlagen, eine Politik betrieben, die auf bewußte Stärkung der republikanischen Parteien in Deutschland hingezielt hätte, durch Milderung überflüssiger Schärpen bei der Ausführung des Versailler Vertrages, durch die Suche nach einer Verständigung in der Reparationsfrage usw. Vielleicht haben Briand und Loucheur die Vorzüge einer solchen Politik dunkel erkannt; da fehlte aber eine intelligente, mutige, demokratische Kammermehrheit in Frankreich zur Voraussetzung hatte, während man es mit dem dümmsten, feigsten und reaktionären Parlament der französischen Geschichte zu tun hatte, ist es bei ganz schüchternen Ansätzen geblieben. Beiden Endes brachte die Aera Briands Deutschland doch nur die 132 Milliarden des Londoner Ultimatus, die Nichtzurücknahme der März-Sanktionen und die ungeheuerliche Entscheidung über Oberschlesien. Und dann kam Poincaré.

Was in den vierzehn Monaten der Regierung dieses unheilvollen Mannes geschehen ist, hat natürlich nur dazu beigetragen, das schlechte Gewissen der Franzosen zu verschlimmern. Und es ist kein Zufall, sondern es ist eine ganz folgerichtige Erscheinung, wenn im Zusammenhang mit der schlimmsten aller Sünden, mit dem dümmsten aller Fehler der französischen Politik seit Kriegsende, mit der Ruhrinvasion, die Sorge Frankreichs um seine künftige Sicherheit wieder in Erscheinung tritt und zum Gegenstand neuer internationaler Erörterungen gemacht werden soll.

Diese Grundelemente der französischen Angst vor der Zukunft mußten hier besprochen werden, ehe man an die Frage ihrer Beseitigung herantritt, die eine besondere Erörterung erfordert. Einstweilen wollen wir uns mit der Feststellung begnügen, daß wir die Lösung dieses Problems in einer für beide Länder befriedigenden Weise als verhältnismäßig leicht, im Gegensatz zu manchen anderen Fragen ansehen. Es ist zwar schon viel verdorben und noch mehr verfaulend worden, aber alles ließe sich viel rascher wieder gutmachen, als man in beiden Ländern vielfach annimmt, wenn nur ein neuer Geist in Paris endlich Platz greifen könnte. Denn es genügt die Erkenntnis, daß „strategische Sicherheiten“ nur zum entgegengesetzten Ziele führen

ren, daß materielle Entwaffnungsmahnahmen nur Halbheiten darstellen und daß allein die moralische Abrüstung den Frieden Europas auf ewig sichern kann. Vorbedingung dazu ist allerdings eine andere, eine neue Politik der französischen gegenüber der deutschen Republik.

Die Frage des Garantiepaktes.

London, 21. März. (U.) Der Pariser „Times“-Korrespondent versichert, daß für Frankreich keinesfalls ein wechselseitiger Schutzvertrag der Hauptmacht, sondern nur eine Separatallianz mit England in Betracht komme. Er hieres wünscht jedoch solche zu vermeiden. Verschiedene Gerüchte beweisen die völlige Ungeklärtheit der Ansichten über die Idee der Entmilitarisierung des Rheinlandes. Es herrscht eine gewisse Resignation, weil keine solide Basis für eine Diskussion sichtbar ist.

Der kommunistische Ueberfall.

Die Tatsache, daß die kommunistische Organisation von Berlin gestern in den Massenversammlungen der Sozialdemokratie planmäßige Störungsversuche unternahm, die stellenweise zu den widerslichsten Reden und Brüllszenen ausarteten, läßt sich nicht aus der Welt schaffen. Sie wird von Tausenden und aber Tausenden von Augenzeugen bestätigt. Die Versammlungsbefucher haben eine eindeutige Lehre erhalten, wie sich die Kommunisten die „proletarische Einheitsfront“ vorstellen, und diese Lehre sollte auf jeden Arbeiter wirken, der sich noch ein wenig Sinn für Anständigkeit und Kameradschaftlichkeit bewahrt hat.

In der KPD. scheint man freilich über die Triumphe des gestrigen Abends nicht allgemein entzückt zu sein, denn die „Rote Fahne“ findet nicht den Mut, den Ueberfall auf den Genossen Künstler auch nur mit einem Wort zu erwähnen. Mag man das auch als ein Zeichen von Scham gelten lassen, so darf die Sache damit keineswegs erledigt sein. Es ist doch überaus auffällig, daß dieser sorgfältig vorbereitete und planmäßig durchgeführte Ueberfall gerade gegen dasjenige Mitglied unserer Reichstagsfraktion erfolgte, das durch seine exponierte Stellung im Kampfe gegen den Faschismus gewissen Leuten sehr unangenehm geworden ist. Diese Leute sollte man eigentlich nicht in der Nähe der Kommunisten suchen, man hat sie aber schon so oft dort gefunden, daß der Verdacht gewisser Zusammenhänge durchaus gegeben ist. Wer waren die Leute, die gestern ohne irgendeinen ersichtlichen Anlaß wie Bestien auf den Genossen Künstler losgingen? Waren das etwa Leute, die so „ganz links“ sind, daß sie auf dem großen Parteikarussell schon wieder ganz rechts angefallen sind? Hat sich die KPD. nicht wieder einmal von rechtsgerichteten Geheimorganisationen zu ihren Zwecken mißbrauchen lassen? Diese Frage ist so ernst, daß man ihr im kommunistischen Lager gründlich nachgehen sollte.

Auf alle Fälle hat die KPD. gestern wieder einmal bewiesen, daß sie nichts anderes kann, als den Feinden der sozialistischen Arbeiterbewegung Handlangerdienste leisten.

Mit welchem Ernst die Kommunisten ihre Auseinandersetzungen mit der Sozialdemokratie betreiben, zeigt u. a. folgender Vorfall, der den Trümpfen in den Andreasstrassen vorausging. Auf der Tribüne erschien die höchstens zehnjährige Elise Klein und verlangte als „Vertreterin der schulpflichtigen kommunistischen Jugend“ das Wort. Das Kind wurde natürlich wieder weggeschickt, kam aber nach einigen Minuten wieder und erklärte dem Vorstehenden wörtlich: „Ich verlange das Wort, ich lasse mich nicht vergewaltigen“.

Das Wort „Bergewaltigung“, das offenbar dem Kinde eingelehrt worden war, war gewiß nicht am Platze. Wohl aber kann man von einem schamlosen Mißbrauch reden, der hier getrieben wird, Mißbrauch mit Kindern, Mißbrauch mit den politischen Versammlungen der Arbeiterkraft, die man zu Ill und Rüpel erniedrigt.

leicht können Freifahrten nach Stahnsdorf den Angehörigen gefallener Krieger zur Verfügung gestellt werden, die die Gräber selbst betreuen wollen und die 480 M. für die Fahrt nicht aufbringen können. Damit würde die weltliche Eisenbahnverwaltung dem geistlichen Oberkirchenrat das Wort aus dem Neuen Testament ins Gedächtnis zurufen: „Selig sind, die da Leid tragen, denn sie sollen getröstet werden.“

Das Zentral-Theater setzte mit einem angeblichen Schauspiel Wenzel Goldbaum: „Die letzten Hände“ die Geduld des Publikums auf eine, selbst in den heutigen schlechten Zeiten ungewöhnlich harte Probe. Ein Teil der Hörer begann zum Schluß hin zu pfeifen, aber beim letzten Füllen des Vorhangs behauptete der übliche Applaus das Feld. Im ersten Akt sieht sich ein überbittiger Rechtsanwalt unwohl, im zweiten sieht er bei sich zu Hause im Krankenzimmer der Operation entgegen, im dritten, dicht vor seinem Tode, hält er eine großmächtige Anklage wider den Direktor Fußballbauer, einem diktonstigen Schieber- und Spekulantenkap, der schuld daran sein soll, daß er, der Kranke, für Frau und Kind nie Zeit besah und so mit leeren Händen aus dem Leben scheiden muß. Tatsächlich erscheint Fußballbauer in jedem Akt mit irgendeiner neuen Millionensache, die abzuweisen der Kranke Rechtsanwalt sich nicht getraut. Auch in dem Augenblicke, da die Operation beginnen soll, erzwingt der unverschämte Burche sich Zutritt zu dem Krankenbett. Aber, da dieser ihn niemals rauschmeißt, wirken die nachträglichen pathetischen Deklamationen wider den rücksichtslosen Mandanten einigermaßen lächerlich. Zu irgendwelcher Art dramatischer Entwicklung oder Charakteristik sind nicht die mindesten Ansätze zu spüren. Auch das Spiel war (etwa von der Posenfigur des von Gullav Ross dargestellten Fußballbauer abgesehen) entsprechend farblos. dt.

Verleger und Schulbüchermot. Die Schulbüchermot, die jetzt einen neuen Erlaß des preussischen Unterrichtsministeriums zur Folge gehabt hat, wird sich vorläufig nur bescheiden lassen, wenn die vom Minister dringend empfohlene Einrichtung von Hilfsbüchereien für den deutschen und fremdsprachlichen Unterricht in den Schulen durchgeführt wird. Da ist es nun sehr zu beklagen, daß die Vereinigung der Schulbuchverleger von vornherein erklärt, für Bücherbeschaffungen dieser Hilfsbüchereien keinerlei Ermäßigungen gewähren zu können. Voraussetzung für solche Ermäßigungen müsse immer die Beschaffung einer entsprechenden Anzahl des Wertes durch die Schüler selbst sein, denn nur dann sei die Weiterführung der Schulbuchproduktion gesichert. Wäre es nicht möglich, die Publikation und den Vertrieb jeder in den preussischen Schulen eingeführten Bücher dem Privatbuchhandel zu entziehen und staatlicherseits zu besorgen? Wenn auch vielleicht nicht mit einemmal, so müßte sich eine solche Verstaatlichung doch allmählich im Laufe der Zeit durchführen lassen.

Wanderausstellung deutscher mittelalterlicher Kunst im Auslande. Die Batische Kunsthalle in Karlsruhe hat 1921 unter Leitung ihres Direktors Stord eine Ausstellung deutscher Plastik des Mittelalters veranstaltet, die mit ihren herrlichen Abgüssen und Aufnahmen zum Beispiel von bisher unde-

Schwindelnachrichten.

Eine Berichtigung des WTB.

Unser gestriger Hinweis auf die Irreführung der öffentlichen Meinung durch unzutreffende Telegramme des amtlichen Wollischen Telegraphenbureaus veranlaßt WTB. heute zu einer Erklärung, aus der hervorgeht, daß die Nichtbestätigung der ersten Meldung über die Erschießung zweier Schupo-beamten, die die „Wollische Zeitung“ in einem Telegramm aus Buer berichtet hatte, dem Berliner Bureau Les WTB. weder aus Paris noch aus dem Ruhrgebiet übermittelt wurde. Unter Vorwurf, diesen Postus unterschlagen zu haben, kann sich danach also fängemäßig nur noch auf die Fiktionen des WTB. beziehen. Das Berliner Bureau erklärt ebenfalls: Selbstverständlich werden wir, sobald unsere Untersuchung des obigen Falles abgeschlossen ist, gegen den oder die Schuldtragenden auf das strengste verfahren.“

WTB. weist ferner auf seine beiden Rundschreiben vom 8. und 17. Februar an alle Agenturen und Vertreter im besetzten Gebiet hin, in denen besonders sorgfältige und genaue Berichterstattung verlangt wird. Diese Rundschreiben sind uns bekannt. Der von uns erwähnte Vorfall wie manche anderen Beobachtungen über Meldungen des WTB. in der letzten Zeit beweisen leider, daß diese Rundschreiben offenbar noch nicht die genügende Wirkung gehabt haben. Wir nehmen an, daß die Direktion des WTB. mit uns sich darüber im Klaren sein wird, daß eine sorgfältige und zuverlässige Berichterstattung und eine Ausmerzung aller nicht geprüften Meldungen und Klatschgeschichten mit Rücksicht auf die Stellung Deutschlands im Ausland unbedingt erforderlich ist.

Cuno in München.

München, 22. März. (Eigener Drahtbericht.) Der Empfang des Reichstanzlers Cuno in München am Hauptbahnhof verlief ohne Zwischenfall. Eine recht stattliche Menge begrüßte den Kanzler. Sowohl die schwarzroten als die schwarzweißen besorgten Jünglinge riefen gemeinsam hoch und heil! Bemerkenswert war, daß keines der öffentlichen Gebäude die Fahne der Republik aufgezogen hatte, offenbar einer Weisung von oben folgend.

Auch die Begrüßungsartikeln der Presse sind allgemein friedlich gehalten. Die „Münchener Neuesten Nachrichten“, die augenblicklich im Sinne der Deutschen Volkspartei schreiben, begrüßen den „Führer Deutschlands in diesen schicksalsschweren Tagen mit aufrichtiger Herzlichkeit in unserer urdeutschen, reichstreuen Stadt“. Das früher demokratische Blatt kann es sich leider auch heute nicht verlagern, von „Sakalenorgien der Wirtshaus-Erfüllungspolitik und unwürdiger und selber Unterwerfung unter jedes noch so ungerechte und brutale Diktat des Erbfeindes“ zu schwärmen. Die deutschnationale „München-Augsburger Abendzeitung“ des Pfarrers Traub knüpft die Herzlichkeit ihres Willkommengrubes an allerlei Bedingungen: die sofortige Aufhebung der Besetze zum Schutze der Republik, die Beseitigung des „unheilvollen Dualismus zwischen der marxistisch eingestellten Regierung Preußens und der nichtmarxistischen Reichsregierung“ und die sich aus dem verbesserten Marktstande ergebenden Konsequenzen für Löhne und Gehälter!

Der „Böltische Beobachter“ hält es für seine Pflicht, dem Reichstanzler bei seiner Ankunft in der „Hochburg der deutschen Freiheitsbewegung“ mitzuteilen, daß er die Volkseinheit am besten dadurch dokumentieren könne, daß er „alle diese Burden, Betrüger, Schwärmer und Verräter der Novemberrevolution hinter sich und Regel setze“. Der „Böltische Beobachter“ befindet sich also auch heute wieder wie gewöhnlich unterhalb der Schwelle des gesunden Menschenverstandes.

Der vorläufige Gesamteindruck über die politische Bedeutung der Reise des Reichstanzlers Cuno nach München läßt sich dahin zusammenfassen, daß die Rechtsparteien den Reichstanzler heftig als „ihren Mann“ mit Beschlag belegen. Ueber die außenpolitische Bedeutung dieser Beschlagnahme läßt sich nicht streiten.

Einem Genossen, der vor dem bayerischen Ministerpräsidium auf die Ankunft des Reichstanzlers warierte, wurde das schwarzrotden Fahnen an seinem Fahrrad von einem Halentzueger herabgerissen.

achten, bei der Wiederherstellung abgeformten Bildwerkes des Freiburger Künstlers eine starke Wirkung übte. Nun ist es ermöglicht worden, die ausgezeichneten Aufnahmen der plastischen Werke, die den Hauptteil der Ausstellung bilden, zu einer Wanderausstellung zusammenzustellen. Diese wird erst in anderen deutschen Städten, dann aber auch in Oesterreich, in der Schweiz und in Holland gezeigt werden.

Der schwarze Storch in Schlesien. Im schlesischen Ornithologischen Verein wurde unlängst mitgeteilt, daß im vergangenen Jahre der schwarze Storch an einer Stelle Mittelschlesiens gebrütet und drei Junge hervorgebracht hat. Damit ist festgestellt, daß dieser seltene Vogel in Schlesien noch immer vorhanden, wenn auch dem völligen Aussterben nahe ist. Vor vier Jahren wurde der schwarze Storch in der Nähe des Rottschwalmes bei Reusatz an der Oder beobachtet. Zu den Gegenden, in denen er sich lange als Brutvogel gehalten hat und noch während der letzten Kriegsjahre anzureisen war, gehört die niederschlesische Heide in den von hier eingeschlossenen Bruch- und Moorgebieten, besonders auch das Brimtenauer Bruch, wo er lange Zeit verschwunden war, sich aber vor etwa 12 Jahren wieder einfand. Leider gibt es immer wieder Schieber, die solche seltenen Tiere wegnahmten, wie es leider 1912 bei Postkau geschah. Im Sommer 1911 gab es in ganz Deutschland nur noch etwa 120 Paare schwarzer Störche. Der schwarze Storch zeichnet sich durch ein fleischfarbiges, stahlgrau schimmerndes Gefieder aus und unterscheidet sich vom Hausstorch auch dadurch, daß er die Röhre der Menschen anständig meidet und seine Behausung in kletter Artfamkeit aufschlägt. Mit am längsten hat er sich als Standwild in einsamen Tälern der Lüneburger Heide gehalten, ebenso im Gebiet der mittleren und unteren Oder.

Innere Kriegsblinden. Nach einer Statistik des Reichsarbeitsministeriums haben wir in Deutschland 2547 Kriegsblinde, worunter nur die geringste Zahl die ihr Augenlicht voll verloren haben. Die Kriegsblinden in den abgetrennten Gebieten sind nicht mitgerechnet. Von diesen 2547 Kriegsblinden sind rund 12,5 Proz. in ihrem früheren Beruf geblieben, 60 Proz. sind in neue Berufe übergetreten. 20 Proz. waren ganz ohne Beruf. Der Rest hatte gelegentliche Beschäftigung. Es ergibt sich daraus, daß die Arbeitsmöglichkeit für die Blinden einen erheblichen Ausschlag genommen hat. Nach einer Statistik aus dem Jahre 1900 waren unter den damaligen Volkblinden nur 21,5 Proz. erwerbstätig, zum Teil nach besonderer Ausbildung in den alten bekannten Blindenberufen, im Korb- und Stuhlflechten und dergleichen, die früher ein knapps und unsicheres Auskommen, aber immerhin wenigstens eine einigermaßen dauernde Beschäftigung gewährten. Heute ist die Zahl der Erwerbstätigen unter den Blinden mehr als dreimal so hoch.

Kammerspiele. Die Erbauung von Georg Kaiser's „Die Nacht nach Benedig“ ist auf Dienstag nächster Woche verlegt.

Das Metropol-Theater läßt wegen Vorbereitung zur Premiere „Die Schöne der Frauen“ am Freitag geschlossen.

Pietät.

Von Hils.

Pietät ist die Ehrfurcht vor etwas Höherem. Ehrfurchtbezeugende Tugenden zeugen von Adel der Gesinnung. Aber hoch klingende Worte allein tun es nicht; sie sind wohlfeil wie dürre Blätter im Herbst.

Als der Bund religiöser Sozialisten vor einiger Zeit den evangelischen Oberkirchenrat ersuchte, seine Anweisung den Geistlichen nachdrücklich in Erinnerung zu bringen, noch der sie das gottesdienstliche Schlußgebet den neuen Verhältnissen anzupassen und die früher übliche Fürbitte für den ehemaligen Kaiser wegzulassen hätten, antwortete er: „Wir erkennen keinen Anlaß, unsere frühere Anweisung allgemein zu wiederholen. Das fürbittende Gebeten des ehemaligen Kaisers, der zugleich Träger des obersten Kirchenregiments unserer Bundeskirche gewesen ist, stellt als Akt christlicher Teilnahme weder eine Herausforderung vor, noch stellt es die politische Neutralität der Kirche in Frage und unterliegt daher entgegen der bisherigen Annahme in sich keiner Beanstandung.“ Das ist eine Antwort voll wahrhafter Christlichkeit. Selig sind die Konfirmierten, denn sie werden das Erdreich besitzen. Aber das Leben ist nicht so einfach. Niemand kann zweien Herren dienen; entweder er wird einen hassen und den andern lieben, oder er wird einem anhängen und den anderen verachten. Ihr könnt nicht Gott dienen und dem Kammer.

In Stahnsdorf ist auf dem großen Gräbergelände ein Heldengrab abgeteilt. Er wird von der Berliner Stadtsynode verwaltet, die dem Oberkirchenrat untersteht. Vor kurzem wurden die Angehörigen der da liegenden Gefallenen mit der Mitteilung überrascht, sie müßten für die Instandhaltung des Grabes eine Jahresgebühr von 24 000 M. bezahlen, und zwar bis zum 31. März. Indem der Oberkirchenrat von den Kriegshinterbliebenen genau dieselbe Summe verlangt wie von den übrigen, zeigt er Gerechtigkeitssinn und zerstreut mit diesem Akt christlicher Nächstenliebe mit einem Schlage den aus der Kaiserfürbitte aufkeimenden Verdacht militärischer Einstellung. Wenn die durch den Tod ihrer Söhne in Not geratenen Eltern um Erlaß der Gebühr bitten, stellt ihnen die Stadtsynode die eigene schwierige Lage vor und erinnert damit an die Geschichte von dem Geschäftsmann, der ein steinliches Kaminengeläch mit den Worten erwidert: „Johann, schmeiß den Kerl raus, er bricht mir's Herz.“ Dieser Geschäftsmann soll Jude gewesen sein. Nur, auf dem jüdischen Friedhof in Weihenstephan werden die 400 Ehrengräber nicht nur ohne Gebühren gepflegt, sie haben sogar auf Kosten der Gemeinde Grabsteine erhalten und werden jeden Sommer mit Blumen geschmückt. Die Stadtsynode wird sich von einer jüdischen Körperschaft über in die Praxis umgekehrte Akte christlicher Teilnahme nicht bekehren lassen dürfen. Aber viel-

Ludendorff und die Separatisten.

In seiner schon erwähnten Erklärung gegen die Angriffe, die das Organ des Vorstands der Bayerischen Volkspartei gegen ihn hieße, sagt Ludendorff weiter:

Ich verziehe die klare großdeutsche Lösung. Im „Regensburger Anzeiger“ wies ich auf die Tatsache hin, daß sich in Bayern Landesverräter mit dem doch nicht zufälligen Plan des französischen Oberstenleutnants Richert einverstanden erklärt haben, nebst Bayern auch noch einzelne Teile Deutschösterreichs in den europäischen Völkerbund von Frankreichs Gnaden aufzunehmen. Oberstenleutnant Richert wußte, was er anbot. Es steht mit den vorstehend angeführten Bestrebungen im ursprünglichen Zusammenhang. Ich enthalte mich jeder Polemik, weil die Aufmerksamkeit des deutschen Volkes allein auf die Politik der nationalen Würde und des nationalen Widerstandes gegen Frankreich und gegen alle Sabotage von innen heraus durch Verrat in jeglicher Form gerichtet sein muß.

Die Polemik zwischen den beiden Führern der gegeneinanderarbeitenden Reaktionsgruppen nimmt einen sehr interessanten Fortgang. Der „Bayerische Courier“, das Blatt der Bayerischen Volkspartei, wiederholt seine Vorwürfe gegen Ludendorff. Die Bayerische Volkspartei mißbilligt Ludendorffs Politik, da sie mit ihrer eigenen politischen Zielsetzung unvereinbar sei. Bayern müsse es in ebenso höflicher wie unabweisbarer Form ablehnen, den Politiker Ludendorff als irgendeine maßgebenden Führer, Repräsentanten, Beeinflusser oder Beurteiler der bayerischen Politik zu betrachten:

„Wir vermögen in dem Politiker Ludendorff nichts weniger als einen nationalen Richter zu sehen, und wenn der Politiker Ludendorff glaubt, unsere gegen die preussische Vorherrschaft der Bismarckschen Verfassung gerichteten föderalistischen Bestrebungen in einem Atem mit landes- und hochverräterischen Bestrebungen nennen zu dürfen, so kann die bayerische Öffentlichkeit sich nicht das Recht nehmen lassen, gegen solche Unterstellungen und Berüchtigungen die schärfste Verwahrung einzulegen.“

Unter Vorzeichen, die „Münchener Post“, schreibt zu diesem Streit, der große prinzipielle und politische Bedeutung hat: „Was mag zu Ludendorff stehen, wie man will. Das eine muß man ihm zugestehen, daß seine Erklärung Hand und Fuß hat, keinen Raum für Deutungen läßt und daß er über das Ziel seiner politischen Betätigung klaren Welt einseht. Angriffe gegen Ludendorff richten sich auch nicht gegen sein Ziel, sondern gegen seine Methoden. Anders steht es um die Tätigkeit der Herren Heß und Genossen, deren Mittel und Wege die denkbar zweifelhaftesten sind und deren politisches Erdbel ebenfalls eine breite Angriffsfläche bietet.“

Vier Verhaftungen in Sachen Smeets.

Am 22. März. (MVB) Die Kölner Polizei hat in der Angelegenheit Smeets vier Personen verhaftet, die in die Sache verwickelt sind.

Gegen die dänische Hilfe.

Schon vor einiger Zeit meldeten wir, daß die Franzosen ihre namentlich an den Armen und Schwächsten der Ruhrländer, die nach Dänemark abtransportiert werden sollen, auslassen. Da unsere dänischen Genossen aber weder davor noch durch die fast täglich von dem Vertreter Frankreichs in Kopenhagen vorgebrachten Beschwerden über die Liebeslosigkeit der dänischen Arbeiter von ihrem Hilfswort abgehen, greift Frankreich zu anderen Mitteln. Die dänische Industrie leidet heute in hohem Maße unter der Ruhrbeziehung, da die notwendigen Rohstoffe aus dem Ruhrgebiet nicht herauskommen. Vor einigen Tagen begab sich eine Abordnung der dänischen Industriellen nach dem Ruhrgebiet, um die Möglichkeit einer Einfuhr deutscher Rohstoffe — die nicht etwa von Franzosen, sondern von Deutschen gekauft werden sollten — aus dem Ruhrgebiet nach Dänemark zu prüfen. Die Franzosen erwiderten den Industriellen schließlich, daß solange dänische Arbeiter Gelder für die Ruhrarbeiter aufbringen, solange insbesondere dänische Arbeiter hungersenden Ruhrländern einen Platz an ihrem Tisch gewähren, an eine Ausfuhr deutscher Rohstoffe aus dem Ruhrgebiet nach Dänemark nicht gedacht werden kann. Weil sich also die dänischen Arbeiter das hohe Ziel gesetzt haben, tausende deutscher Kinder vor dem Hungertode zu retten, darum sollen sie selbst zur höheren Ehre der großen „Kulturnation“ dem Hunger überlassen werden. Aber diese Drohung schreckt unsere dänischen Genossen nicht. Durch den Beiz der dänischen Hilfsaktion, unseren Genossen J. P. Riessen, haben sie in unserem kopenhagener Arbeiterblatt erklären lassen, daß sie keinen Dittler am Verhandlungstisch werden, wie sie ihr Geld verwenden. Die dänischen Arbeiter haben früher die Belgier, Russen, Franzosen und Polen unterstützt und sie werden auch in aller Zukunft dort helfen, wo Arbeiter leiden, ohne danach zu fragen, wer das Elend und den Hungertod unschuldiger Säuglinge verursacht hat.

Internationale Solidarität.

Am 22. März. (MVB) Gestern vorläufig empfing der Minister des Reichs van Karnebeek eine Abordnung des sozialdemokratischen Frauenklubs, die ihm die bereits früher gemeldete Resolution überreichte, in der der Sympathie mit dem Widerstand der deutschen Arbeiter gegen die Befehle des Ruhrgebiets Ausdruck gegeben und die Nichtzulassung der Interpellation Troostkamps über die Ruhrangelegenheit zur Erörterung in der Zweiten Kammer bedauert wird. Die Wortführer sprachen die Hoffnung aus, der Minister werde die Resolution, die von 8000 bis 10 000 Frauen beschlossen sei, bei der Haltung der Regierung in der Ruhrangelegenheit berücksichtigen.

Devisenkurse.

	22. März		21. März	
	Kurs (Gold)	Verfall (Silber)	Kurs (Gold)	Verfall (Silber)
1 holländischer Gulden . . .	8224.88	8208.62	8224.88	8208.62
1 argentinische Papier-Peso . . .	7928.21	7731.79	7893.21	7731.79
1 belgischer Franc	1244.85	1250.62	1192.01	1197.99
1 norwegische Krone	8766.86	8784.44	8792.99	8812.01
1 dänische Krone	8909.97	8920.03	8980.02	8969.98
1 schwedische Krone	8346.10	8358.90	8343.00	8357.40
1 finnische Mark	—	—	567.57	570.43
1 japanischer Yen	9975.—	10025.—	9975.—	10025.—
1 italienische Lire	1029.08	1030.07	1009.47	1014.53
1 Pfund Sterling	97765.—	98245.—	97765.—	98245.—
1 Dollar	20560.21	20554.76	20847.78	20552.25
1 frankösischer Franc	1498.96	1416.04	1855.93	1892.48
1 brasilianischer Milreis	2904.22	2816.76	2904.22	2805.76
1 Schweizer Franc	8347.85	8367.12	8330.85	8309.85
1 spanische Pesta	8219.48	8255.57	8217.08	8234.07
100 österr. Kronen (abgez.)	—	—	28.86	29.08
1 tschechische Krone	—	—	618.20	621.80
1 ungarische Krone	—	—	4.56	4.60
1 bulgarische Pesta	—	—	184.06	185.84
1 jugoslawischer Dinar	—	—	211.47	212.58

Erwachen im Zoo.

Die Vorbereitungen des Frühlings haben nun endlich den Winter verdrängt. Ueberall erwacht neues Leben, und auch der Zoologische Garten ist drum und dran, seine Pforten zu öffnen.

Es war gegen Ende des vergangenen Jahres, als der Zoo seinen Winterschlaf antreten mußte. Verschiedene Städte haben inzwischen ihre Zoologischen Gärten, dem Zwange der harten Zeit gehorchend, auf lange Zeit schließen müssen. Die Unterhaltungen vom Reich, Staat und Gemeinde, sowie beachtenswerte Zuwendungen von Privatleuten haben es ermöglicht, die Schulden des Zoo zu tilgen und für den kommenden Sommer eine kleine Reserve zu schaffen. Ferner hofft man, daß die Erstellung des Erbbaurechtes für einen Teil des dem Zoo gehörenden entbehrlichen Geländes am Kurfürstendam genügend Betriebsspital abdecken wird. Die Generalversammlung der Aktionäre des Zoologischen Gartens, die kürzlich stattfand, genehmigte nach längerer Debatte den Antrag der Verwaltung, der dahin ging, dieses Gelände an interessierte Firmen abzutreten. Ebenso sollen die jetzt günstigeren Pachtverträge mit den Restaurationspächtern dazu beitragen, die finanzielle Lage besser zu gestalten. Der Preis für die Aktienbesitzer, die jeder Aktionär neben seiner Hauptartie bis zu sechs Stück besitzen kann und der früher 110 M. betrug, wurde auf 500 M. erhöht.

Leider werden vielen die Zooarbeiten nicht oft vergolten sein; der jetzt in Kraft tretende erhöhte Eintrittspreis führt manchem früheren Besucher eine Schranke. Von Erwachsenen werden 500 M. gefordert werden, von Kindern 150 M. Ausländer, außer Deutschösterreichern, die als Reichsdeutsche gelten, zahlen 3000 M. Der Tierbestand ist in der winterlichen Ruhezeit ergänzt worden. Durch Kaufgeschäfte, die durch Zuchterfolge ermöglicht wurden, erhielt der Zoo u. a. von der Staatlichen Menagerie Wien-Schönbrunn einen Kafferbüffelstier und ein Paar echte Alpensteinböcke; ferner ein Paar der seltenen Seehirsche aus Siam und einen jungen Wilsonstier. Ferner hat der Berliner Tierplastiker, Professor Walter Hauschild, seine Plastik „Seehirne“ dem Zoo als Geschenk überwiesen, und die Nationalgalerie den „Mhu“, ebenfalls ein Werk des genannten Künstlers, als Beigabe zur Aufstellung im Garten freigegeben. Auch sonst wird man vieles finden, was früher nicht vorhanden war.

Während draußen auf dem blauen Asphalt die Automobile vorbeijagen, wird im Zoologischen Garten mit Hochdruck gearbeitet. Es gilt, die letzte Hand anzulegen, denn am Sonntag will der Garten sich festlich, frühlingsmäßig präsentieren.

Wahnsinnstat eines 70-jährigen.

Die eigene Familie betäubt und durch Gas vergiftet. Ein offenbar im Verstand begangener Doppelmord und Selbstmord alarmierte in der vergangenen Nacht die Bewohner des Hauses Lychnerer Straße 10.

Dort wohnte der 70 Jahre alte Rentenempfänger Friedrich Krieg mit seiner 66 Jahre alten Frau Auguste und seinem 33 Jahre alten Sohn Oswald, der bei der Eisenbahn angestellt war. Durch einen starken Gasgeruch wurden Hausgenossen auf die Wohnung aufmerksam, öffneten die Tür, die der alte Krieg seiner Gepflogenheit entsprechend nur eingeklinkt hatte, und fanden alle drei tot auf. Frau Krieg und ihr Sohn lagen mit einem Wattenbausch auf dem Munde in ihren Betten, der alte Krieg auf dem Rücken auf dem Fußboden. Mehrere Gasbehälter waren geöffnet. Kriminalbeamte des 62. Reviers nahmen den Totbefund auf. Alle drei Wohnungseinwohner waren bereits tot. Die Leiche der Frau Krieg, die etwas wunderlich war, mit seinem Sohne auf gespanntem Fuße. Darin ist wohl die Veranlassung dafür zu suchen, daß er an Frau und Sohn Hand anlegte und ihnen hierauf in den Tod schickte. Während die beiden schliefen, legte er ihnen einen Wattenbausch mit einem Gasmittel auf den Mund und öffnete dann die Gasbehälter, um sie und sich selbst zu töten. Die Leiden wurden vorläufig in der Wohnung belassen und diese von der Kriminalpolizei abgeschlossen.

Ostrowski bekämpft die Wohnungsnot.

Zur gestrigen Sitzung der Bezirksversammlung Friedrichshain hatten die Kommunisten eine ganze Reihe von Anträgen zu der Frage der Behebung der Wohnungsnot gestellt, zum Teil solche, von denen den Kommunisten genau bekannt war, daß sie von der Bezirksversammlung nicht erledigt werden können, weil sie Angelegenheiten des zentralen Magistrats betreffen. Aber einen wehrhaften Revolutionsführer für so etwas nicht. Die kommunistischen Anträge begründete der Stadtratsmitglied Ostrowski. Mit großer Hitze und noch größerem Pathos forderte er die Beschleunigung aller großen Wohnungen, Villen usw., um sie wohnungslosen proletarischen Familien zur Verfügung zu stellen. Große Heiterkeit erzeugte es, als der Wohnungsbegehrte, Stadtrat Genosse Kofin, darauf hinwies, daß diejenigen, die selbst im Glashaufe sitzen, nicht mit Steinen werfen sollten, denn gerade der kommunistische Stadtratsmitglied Ostrowski sei es gewesen, der für einen kommunistischen Verlag, durch Zahlung von 3 1/2 Millionen Mark Rückzahlung und 2 Millionen Mark Entschädigung, Baden und Wohnräume in der Kopenstraße erworben und deswegen persönlich um gutes Wetter beim Wohnungsamt gebittelt habe. Das sei wohl gefällig zulässig, stünde aber in schärfstem Widerspruch zu der Tendenz der kommunistischen Anträge und besonders zu dem großen Redeschwall des Kommunisten Ostrowski, denn dadurch habe gerade Herr Ostrowski in etwas sehr löcherlicher Weise für die Behebung der Wohnungsnot gewirkt. Diese Feststellung war dem Herrschaften gegen die Wohnungsnot außerordentlich unangenehm, denn in einer tendenziösen Entgegnung, in der er zugab, für 3 1/2 Millionen Mark Wohnräume für Verlagszwecke erworben zu haben, kam der rebeulige Leo ins Stottern. Wir sind der Überzeugung, daß er das Stottern aber wieder verlernt haben wird, wenn er bei nächster Gelegenheit gegen die angebliche Verschwendung von Arbeitergehältern durch Bonzen usw. wettert, denn diese 3 1/2 Millionen Mark, die Herr Ostrowski zahlte, sind natürlich keine Arbeitergehälter. Sie stammen wohl von der auch unangenehmen Milliarde aus dem kassowitschen Paradiese Rußland. — Nach einander Diskussion beschloß die Bezirksversammlung, den Magistrat zu ersuchen, daß nun endlich der Kritik 155 zur praktischen Durchführung kommt. Im weiteren Verlauf der Sitzung wurde beschloßen, den Magistrat aufzufordern, eine sofortige Prüfung aller Erholungs- und Heilstätten, Kinderheime und Privatpensionate vorzunehmen zu lassen. Ein einstimmiger Beschluß beauftragt das Bezirksamt, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um die unerwünschten Befestigungsstellen herabzumindern.

Eine Schulfachertafel für 2600 Mark.

Auf dem Tisch des Potsdamer Buchergerichts, das u. a. mit einer Dame besetzt war, lag eine einfache Schiefertafel, die man früher für einen Groschen kaufen konnte. Für diese Schiefertafel mußte ein Arbeiter bei dem Kaufmann Felix Polenz in Rathenow 2600 M. bezahlen. Der Arbeiter erstattete Anzeige, und Polenz mußte sich wegen Preistreiberi vor dem Potsdamer Buchergericht verantworten. In der Verhandlung kam zur Sprache, daß der Angeklagte die Schiefertafel vor einem Jahre mit 6,50 M. eingekauft hatte; alle Kosten hinzugerechnet, kam dem Kaufmann die Schiefertafel auf 11 M. Der Angeklagte begründete den hohen

Preis damit, daß laut Verbandsbeschluss der Deutschen Papier- und Schreibwarenhandler ihm der geforderte Preis vorgeschrieben war. In scharfen Worten geißelte der Vorsitzende diese Verbandsvorschriften, die geradezu eine Kartellkarte für die jetzt mehr als früher gekauften Schiefertafeln schafften. Auch der Staatsanwalt ging scharf gegen den Angeklagten vor und beantragte 150 000 M. Geldstrafe, Publikation im Kreisblatt und Auspruch des Urteils im Geschäftslokal des Angeklagten. Nach langer Beratung erklärte sich das Buchergericht für unzuständig und verwies die Sache an die Potsdamer Strafkammer.

Was trotz Wohnungsnot möglich ist.

In Berlin wollen die Wohnungsmieter sich des Ansturms Wohnungsuchenden nicht zu wehren. Soll man es da für möglich halten, daß Wohnungen mehrere Monate hindurch unbenutzt bleiben? Im „Vorwärts“ ist mehrfach über Vorkommnisse dieser Art berichtet worden. Ein neuer Fall wird uns aus dem Hause Kastanienallee 54 bekannt, wo im Erdgeschoss eine Wohnung von zwei Zimmern seit Anfang Dezember leer steht. An den Fenstern hängen Gardinen, aber kein Mensch wohnt in den Räumen. Der Eigentümer, ein Ausländer, der das Haus vor nicht langer Zeit erworben hat und nicht selber darin wohnt, kann sich den Ausfall an Miete wahrscheinlich leisten. Wenn das Wohnungsamt ihm einer Wohnungsuchenden zuweist, zeigt dieser Mieter sich sehr wählerisch. Da ist es kein Wunder, daß die Wohnung bis heute noch nicht wieder einen Bewohner erhalten hat. Man sieht, wie leicht ein Hauseigentümer die Wohnungswirtschaft außer Kraft zu setzen vermag. Und die Wohnungsmieter erklären sich für machtlos!

Neue Reizeneindrücke.

Hassdenkletterer stiegen in der vergangenen Nacht an dem Hause Kurfürstendamm 74b in den ersten Stock empor, drangen in eine Wohnung ein, deren Insassen in den hinteren Räumen schliefen, und stahlen aus den Borderräumen silbernes Tafelgerät für 18 Personen mit dem Zeichen W. und Berfer Leppiche, im ganzen für 50 Millionen. Auf die Wiederbeschaffung ist eine Belohnung von 10 Prozent des Wertes bis zu 2 Millionen ausgesetzt. Mitteilungen nimmt Kriminalkommissar Golzow, Dienststelle B 1 entgegen. — Bei einer Dame im Kaiser-Pavillon in Wannsee erbeuteten die Verbrecher für 15 Millionen, in einem Schuppen der Abteilung Neukölln der Nordbahn, in der Donaustr. 10, für 7 Millionen, in einem Geschäft in der Falkensteinstraße für 15 Millionen, in einer Wohnung am Kurfürstendamm für mehrere Millionen Silberzeug und Pelzwaren. Bei einer Frau in der Eislebener Straße für 4 Millionen, bei einem Kaufmann in der Pestalozzistraße für 2 Millionen. In der Markgrafstraße für 7 Millionen, in einem Logerzimmer in der Horkstraße für 9 Millionen. Selbst nach außerhalb verlegen die Einbrecher das Feld ihrer Tätigkeit. Eine Beute von 18 bis 20 Millionen machten solche Eindringlinge in der Villa der Frau Goldreich in der Kaiser-Wilhelm-Straße zu Neu-Zittau bei Erkner. Sie stahlen silberne Besten, Goldschmuck, goldene Ringe und Manschettenknöpfe in Etuis, ein goldenes Taschenmesser, eine große Menge Wäsche mit dem Zeichen M. G. usw.

Sinneswahn.

Recht teuer ist dem Kaufmann Ernst Thielemann, der in Cöpenhagen, Schlossstr. 40, sein Geschäft betreibt, ein Pfund Mehl zu stehen gekommen, und zwar einzig und allein deshalb, weil er es nicht für nötig hielt, der ernsthaften Beschwerde einer Konsumentin Gehör zu schenken. Eine Frau hatte eines Tages ein Pfund Mehl bei ihm gekauft, brachte es sehr bald darauf mit der Erklärung zurück, daß das Mehl muffig, klumpig und von bitterem Geschmack sei, so daß sie es zu einer für ihren kranken Mann bestimmten Mehlsuppe nicht verwenden könne. Thielemann verweigerte die Zurücknahme und die Frau ging zur Polizei. Auf Anraten der Behörde versuchte sie es nochmals, den Kaufmann zur Zurücknahme zu bewegen, wurde aber erneut schroff abgemessen. Daraufhin kaufte ein Beamter des Nahrungsmittelamtes bei dem Kaufmann ebenfalls Mehl und eine chemische Untersuchung ergab, daß die Ware in der Tat für den menschlichen Genuß nicht geeignet war. Gegen den Kaufmann wurde nun Anklage erhoben. In der Verhandlung wurden nicht weniger als fünf Sachverständige und vier Zeugen vernommen, die sämtlich erklärten, daß Thielemann Mehl verkauft habe, das geeignet war, die Gesundheit der Käufer zu schädigen. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu der empfindlichen Geldstrafe von 300 000 Mark und Trauung der sehr erheblichen Kosten. Es ist sehr zu begehren, daß die Kontrollbehörde sofort einzugreifen und das Gericht in seinem Urteil durchgreifen hat. Erst wenn diese Praxis allgemein geworden ist und besonders auch die „großen“ Misfeldler unanfechtbar anpackt, wird das Vertrauen der Bevölkerung wiederkehren.

Die im Aufbau begriffene 5. Oberrealschule in der Weidenmeyerstraße 15 eröffnet am Dienstag zwei neue Segen. Parteigenossen, die ihren Jungen eine gezielte wissenschaftliche Bildung verschaffen wollen, mögen sich sofort beim Leiter melden (täglich mittags 12-1). Die jungen, unter freibühlerischer Leitung stehende Anstalt legt Wert darauf, eine wirklich moderne, dem praktischen Leben dienende Erziehung im Geiste der neuen Reichsverfassung zu leisten.

Die gewaltige Explosion, bei der gestern nachmittags in den Häusern der Grenadier- und Münzstraße mehr als 400 Schaulustiger und Spiegelgläser, Wohnungen, Schaulustiger und Schaulustiger zertrümmert wurden, ist vermutlich auf eine Entzündung von Karbidgasen in einem Kalkofen der Wirtschaftsgenossenschaft zurückzuführen. Weiber sind dabei mehrere Personen, wie sich nachträglich herausgestellt, zu Schaden gekommen. Der Materialschaden beläuft sich auf mehrere Millionen Mark.

Bezirksbildungsamt des Reichs. Für die „Vollbildung“ Ausübung am Sonntag, den 25. im Neuen Theater am Zoo wird ein Zuschlag von 50 M. pro Karte erhoben. — Meldungen zur Teilnahme am Sozialwissenschaftlichen Seminar des Genossen Stein und dem Sekretariat z. d. des Genossen Portly (täglich einzuweisen). Eine Vorbereitungsbesprechung der Teilnehmer findet am Dienstag, den 27. abends 7 Uhr im Jugendheim Lindenstr. 3, 2. Hof, 3 Tr. statt. — Sonntag, den 1. April (1. Oberrealschule), nachmittags 8 1/2 Uhr, im Graf. Schul. Pöhlmannstr. 4, 2. Hof, 2. Tr. (alle Karten) Karte von Fonds, Postamt und Schaubert. Die Nachzahlungen für Abonnenten betragen 100 M. pro Karte. Einzelpersonen zum Preise von 200 M. pro Karte sind zu haben im Bureau des Bezirksbildungsamtes Lindenstr. 3, 2. Hof, 2 Tr. 3 u. im Landtagsgebäude Sophienstr. 23. — Heute abends 7 1/2 Uhr in Reimdenburg, Koenigsplatz, Berner Straße, Kammernstraße, „Sohn-Wege“ Karten an der Kasse.

Tafel-Veranstaltung. Die mit der Landesg. des Deutschen Teufelsbroschüre, wie auch im nächsten Jahre, ihre diesjährige große Tafel-Veranstaltung am 1. und 2. Osterfesttag in den Räumen der Brauerei Königsplatz, Sophienstr. 10-11.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgebend. Trocken und vielmal heiter, vorübergehend härter bewölkt, am Tage ziemlich warm bei mäßigen südlichen Winden.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

2 Preis, 2. Preis, 3. Preis, den 22. März, abends 7 1/2 Uhr, erweiterte Kreisvorstandssitzung bei Krüger, Poststr. 10.
187. 244. Reichsanstalt für Arbeit, den 22. März, abends 7 1/2 Uhr, im Volkshaus, Schornsteinstr. 114, Mitgliederversammlung. Bezirksleiter einladend die Genossen werden ersucht, ihre Frauen mitzubringen.
Reinhold, Bildungsausschuss, heute, 7 Uhr, an bestimmter Stelle, Tagesberatung. Kaffee.

Gewerkschaftsbewegung

Achtstundentag — aber mit Ausnahmen.

Die „Deutsche Tageszeitung“ fordert Ausnahmen für kleinere Betriebe. Wenn sich der Achtstundentag mit den Befehlsbefugnissen beschäftigt, wird dort höchstwahrscheinlich der ganze Kampf mit seiner Fülle von Schlagworten, wie er seit Jahr und Tag schon hin und hergeht, von neuem entbrennen. Dabei handelt es sich in Wahrheit längst nicht mehr um die einfache Formel: für oder wider den Achtstundentag, auf die die Auseinandersetzungen aus Bequemlichkeit, Oberflächlichkeit oder Demagogie gebracht werden. Es handelt sich vielmehr darum, Maßgabe und Formulierungen für die unbedingt notwendige Differenzierung der Arbeitszeit zu finden, über deren Unvermeidlichkeit sich immer weitere Kreise, auch der Arbeitnehmerschaft, klar werden.

Freilich, man wendet sich weniger gegen den Achtstundentag an sich. Man spricht nur von Ausnahmen, doch den Achtstundentag meint man, von dem nichts mehr übrig bliebe als der Name, wenn all die Wünsche des Unternehmertums nach Ausnahmen erfüllt würden. Das Wort zitiert eine Zuschrift an die „Soziale Praxis“, wonach der Hauptmangel des augenblicklichen Zustandes darin bestehe, „daß die derzeitigen Arbeitszeitverordnungen keine Rücksicht auf die Größenunterschiede der Betriebe nehmen.“ Die Krafteinwirkung des Arbeitnehmers sei im Großbetriebe sehr viel stärker als in kleinen und mittleren Unternehmen. Die Gewerbeordnung habe auf diese Verhältnisse Rücksicht genommen, indem sie die Grenze für die Anwendung ihrer Schutzbestimmungen meistens bei einer Arbeiterzahl von 10 Köpfen zog.

Das hat die Gewerbeordnung allerdings getan. Dabei wäre jedoch zunächst einmal zu prüfen, wie all diese Bestimmungen der Gewerbeordnung bereits sind und unter welchen Gesichtspunkten sie getroffen wurden. Es waren nicht soziale Gründe, sondern solche der Mittelstandsreiterei, politische Gründe, die dazu führten, daß die Kleinbetriebe in der Gewerbeordnung und in der Verwaltungspraxis in jeder Weise bevorzugt wurden. Die Bezugnahme auf die Gewerbeordnung ist in dieser Beziehung durchaus verfehlt und um so bezeichnender die Ansicht, neue gesetzliche Bestimmungen, den Achtstundentag, auf dem Niveau der veralteten, brüchigen Gewerbeordnungsparagrafen zurückzuführen.

In der zitierten Zuschrift der „Sozialen Praxis“ heißt es dann weiter:

„Schließlich ist die Durchführung des Achtstundentages in den kleinen Betrieben, besonders den ländlichen Handwerksbetrieben, kaum möglich. Wer will glauben, daß ein Schneider, ein Schuhmacher, ein Schmied auf dem Lande in eiligen Zeiten nach achtsündiger Arbeitszeit zu arbeiten aufhört oder seinen Gefellen aufhören läßt! Das wollen diese in der Regel selbst nicht. Es trägt aber nicht zur Stärkung der Staatsautorität bei, wenn man Bestimmungen erläßt, von denen man von vornherein sagen muß, daß sie doch nicht durchgeführt werden können.“

Also weil die Handwerker ihre Gefellen nach acht Stunden nicht von der Arbeit freilassen wollen, entgegen den gesetzlichen Bestimmungen, wird die Staatsautorität gefordert, wenn sie die gesetzliche Praxis sanktioniert, ihr die neuen gesetzlichen Bestimmungen onpohl! Wer die Dinge kennt, weiß, daß in Sand- und Kleinstädten tatsächlich die Arbeiteraufstellungen am meisten umgangen werden, da hier den Arbeitern der Rückhalt einer starken Organisation fehlt und die Ortsbehörden mehr Rücksicht auf die Meister nehmen als auf die Gefellen. Aber auch hier wird eine gesetzliche achtsündige Arbeitszeit kaum mehr überschritten als eine neun- oder zehnstündige. Weil die tarifliche oder gesetzliche Arbeitszeit hier auf jeden Fall nicht streng innegehalten wird, ist es durchaus überflüssig die achtsündige Arbeitszeit zu verlängern. Es ist immer noch besser, wenn die achtsündige Arbeitszeit um etwas überschritten wird, als eine neun- oder zehnstündige Arbeitszeit.

Die Zuschrift klagt darüber, daß die Entwürfe über die gesetzliche Arbeitszeit sich zu stark an die Demobilisierungsvorordnungen und an das internationale Übereinkommen von Washington knüpfen. „Aber das internationale Übereinkommen von Washington ist doch kein unumstößliches Dogma!“ Immerhin, der Mann in der „Sozialen Praxis“ will sich mit der Ausnahme der Kleinbetriebe mit fünf oder auch mit drei Personen, von irgendwelchen gesetzlichen Arbeitszeitvorschriften befreien.

Der „Deutschen Tageszeitung“ erscheint diese Anrede zwar beachtenswert, doch sie erschöpft die Notwendigkeiten der Reformen (nach rückwärts, D. Red.) bei weitem nicht. Es kann nicht nur eine Differenzierung der Betriebe nach ihrer Größe in Frage kommen, sondern es muß zweifellos vielfach auch der besonderen Art des Betriebes Rechnung getragen werden.

Die einfachste Lösung war oder die Festlegung: „Die Dauer der Arbeitszeit bestimmt der Arbeitgeber“. Der Herr hat zu befehlen und der Knecht hat zu gehorchen. So ungefähr mißt die „Deutsche Tageszeitung“.

Die Arbeitnehmerschaft aber will sich den Achtstundentag — auch durch Ausnahme — nicht wieder nehmen lassen!

Gehaltsregelung im Versicherungsgewerbe.

Angemessen langwierig gestalteten sich die Verhandlungen über die Februarbezüge der Versicherungsangestellten. Nunmehr sind sie, und in der Hauptsache auch die Märzbezüge, geregelt.

Nachdem die Verhandlungen über die Februarbezüge sich zerschlagen hatten, wurde der Reichsschlichtungsausschuss angerufen. Dieser brachte am 10. März 1923 eine einheitliche Erörterung der Januarbezüge sämtlicher Versicherungsangestellten einschließlich der Beihilfen und Jugendlichen für Februar um 100 Proz. in Vorschlag. Dieser Spruch wurde jedoch sowohl vom Arbeitgeberverband deutscher Versicherungsunternehmen wie von den Anstelltenverbänden abgelehnt. Infolgedessen hatte sich gemäß § 14 des Reichsarbeitsvertrags die Reichsschlichtungsstelle mit der endgültigen Regelung der Februarbezüge nochmals zu befassen. Sie entschied am 20. März nach vielstündiger Beratung mit bindender Wirkung dahin, daß die Februarbezüge der Angestellten über 20 Jahre um 110 Proz. gegenüber Januar zu erhöhen sind, während den Beihilfen und jüngeren Angestellten unter Aufrechterhaltung der Abstellung des Zuschlages auf die Januarbezüge eine Zulage von 10 Proz. über die vom Arbeitgeberverband bewilligten Sätze, die 50 bis 80 Proz. betragen, zuerkannt wurde.

Für den Monat März forderten die Anstelltenverbände eine Erhöhung der Februarbezüge um 60 Proz. einheitlich für alle Anstellten, für die Alterszulage, und die sozialen Zulagen eine Erhöhung um 100 Proz. und mehr. Dagegen lehnte der Arbeitgeberverband unter Hinweis auf den einvertratenen Stillstand bzw. Rückgang der Teuerung je die Erhöhung für März a b und forderte Nachprüfung der tarifvertraglichen Sonderzuschläge für einzelne Orte und Bezirke.

Der zur Entscheidung angerufene Reichsschlichtungsausschuss gab seinen Schiedsspruch dahin ab, daß die Monatsbezüge einschließlich der sozialen Zulagen um 15 Proz. gegenüber Februar erhöht werden sollen und wovon die Erhöhung für März a b und forderte Nachprüfung der tarifvertraglichen Sonderzuschläge für einzelne Orte und Bezirke.

Kampfstimmung in der Karosseriebranche.

Die Wagen- und Karosseriearbeiter Groß-Berlins waren am Mittwoch zahlreich im Verbandshaus der Metallarbeiter versammelt, um den Bericht über die Lohnverhandlungen mit den Arbeitgebern entgegenzunehmen, der von Henschel zitiert wurde. Von der Verhandlungskommission wurde für die zweite Märzhälfte eine Erhöhung der Löhne um 25 Proz. gefordert. Bei der Verhandlung kam es zu harten Auseinandersetzungen mit den Vertretern der Arbeitgeber, die sich nicht dapon überzeugen ließen, daß ein merklicher Rückgang der Preise noch gar nicht vorliegt und die Arbeitnehmerschaft das Existenzminimum keineswegs schon erreicht habe. Kund heraus erklärten sie, für die zweite Märzhälfte eine Lohnhöhung nicht geben zu können. Ferner machte der Redner davon Mitteilung, daß die Arbeitgeber den Rahmenvertrag gekündigt haben. Im neuen Vertrag wollen sie die wöchentliche Arbeitszeit, die jetzt 46 1/2 Stunden beträgt, auf 48 Stunden festsetzen lassen. Nicht vom Holzarbeiterverband wandte sich mit aller Schärfe gegen jede Verschlechterung des Mantelvertrages. Die Kollegenchaft sei nicht willens, diese hinzunehmen. — Auch andere Redner erklärten in der Aussprache, daß den Arbeitgebern schürftiger Kampf angesagt werden müsse. Bei der folgenden Abstimmung wurde der von den Arbeitgebern gemachte Vorschlag, die derzeitigen Löhne bis zum 4. April bestehen zu lassen, einstimmig abgelehnt, dagegen aber beschlossen, den Schlichtungsausschuss anzurufen.

Ein Lehrverhältnis im Bankgewerbe.

Der Vater eines Lehrlings schreibt uns: „Mein Sohn wurde am 1. Dezember 1922 bei der Bankfirma Samuel Zielenziger, Potsdamer Str. 118, als Lehrling auf drei Jahre eingestellt. Die monatliche Vergütung sollte 1500 M. betragen. Das Jahrgeld für die Strohhalm betrug damals bereits 3000 M. monatlich. Die Arbeitszeit sollte um 9 Uhr morgens beginnen und bis zum Schluß der Bureauzeit währen. Schon nach drei Tagen erklärte der Profurist meinem Sohn, daß er an den Wochentagen, und zwar Montags, Mittwochs und Sonnabends, eine evtl. zwei

Stunden länger arbeiten müsse. In der Erwartung, daß nach Beendigung des Jahresabschlusses die Arbeitszeit wieder ordnungsmäßig geregelt werde, nahm ich es hin, daß mein Sohn täglich um 12 Uhr nachts nach Hause kam. Allein auch im Januar mußte mein Sohn Tag für Tag bis 12 Uhr, auch 1 Uhr nachts arbeiten, mit Ausnahme des Sonnabends, wo seine Tätigkeit um 5 Uhr endete. Infolge dieser überlangen Arbeitszeit wurde mein Sohn in seiner Gesundheit geschädigt. Der Arzt stellte Erschöpfung und hochgradige Neurasthenie fest. Ich wurde bei der Firma schriftlich vorstellig und machte den Inhaber darauf aufmerksam, daß ich nicht zulassen könne, daß ein junger Mensch von 17 Jahren derart in seiner Gesundheit geschädigt werde. Mein Brief blieb unbeantwortet und als ich persönlich vorstellig wurde, erklärte mir der Inhaber Rosenthal, ich solle meinen Sohn aus der Lehre herausnehmen. Er könne nur Leute gebrauchen, die Tag und Nacht arbeiten. Auf den Einwand, daß dies gesetzlich unzulässig sei, sagte mir Herr Rosenthal, unter Anspielung auf meine Nationalität, wir seien nicht in Ungarn und eine Beschwerde fürchte er nicht.

Die Firma Samuel Zielenziger besteht nach meinen Erkundigungen aus dem Chef, dessen Sohn und Kompagnon, drei Profuristen, zwei oder drei kaufmännischen Angestellten und über 12 Lehrlingen. Von den Lehrlingen muß jeder in den ständig elektrisch beleuchteten dampfen Räumen Tag für Tag von früh bis 12 Uhr nachts arbeiten. Was die Honorierung betrifft, kümmert sich der Inhaber um den Tarif so gut wie gar nicht und zahlt seinen Lehrlingen nur ein Drittel des Tarifgebhalts.

Die überlange Arbeitszeit auch der Beihilfen und jugendlichen Angestellten im Bankgewerbe ist offenbar eine typische Erscheinung, die einmal gründlich nachgeprüft und abgestellt werden muß. Nach dem neuen Manteltarif darf die Zahl der Lehrlinge höchstens betragen: bis zu 10 Angestellten fünf, bis zu 15 Angestellten sieben, bis zu 25 Angestellten zehn, bis zu 50 Angestellten 15 Lehrlinge. Die Beihilfen erhalten im ersten Lehrjahre 25 Proz., im zweiten 45 Proz. und im dritten Lehrjahre 60 Proz. des Einkommens der Gruppe II des ersten Berufsjahres ihres Geschlechts. Das vorläufige Märzgehalt für Lehrlinge beträgt nach dem Schiedsspruch vom 13. März im ersten Lehrjahre 44784 M., im zweiten Lehrjahre 55982 M. und im dritten Lehrjahre 93303 M. — Ob die Firma Samuel Zielenziger dem Reichsverband der Bankleitungen angeschlossen ist, ist allerdings fraglich. Treffen die Angaben des Vaters auf Sie zu, dann ist sie mindestens in sozialer Beziehung nicht empfehlenswert.

Zum Bergarbeiterstreik in Oberschlesien. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, hat der Handelsminister Genosse Siering sofort nach Bekanntwerden des Ausbruchs von Teilstreiks in ober-schlesischen Gruben den Leiter des Oberbergnamtes in Breslau telegraphisch ersucht, sich um die Beilegung des Streiks zu bemühen; seine Bemühungen sind jedoch an der Haltung der Arbeitgeber gescheitert. Der Handelsminister ist ferner mit dem Reichsarbeitsministerium in Verbindung getreten, worauf ein Kommissar in das Streikgebiet entsendet wurde. Auch der Reichs- und Gewerbeamt Brandes in Oppeln hat sich um die Beilegung des Streikes bemüht.

Verschärfung des Ostrauer Bergarbeiterstreiks. Das Sekretariat des tschechoslowakischen Bergarbeiterverbandes teilt mit: Die Konferenz des Komminers Kellers nahm eine Resolution an, in der es heißt: Vom 22. März an verichärft sich der Streik in dem Sinne, daß in den Betrieben ausschließlich nur diejenigen Arbeiter verbleiben, die für die allernotwendigste Erhaltung der Betriebe erforderlich sind. Der fastierte Streikausbruch in Prag soll davon verständigt werden, damit er die Entscheidung treffe, wie der weitere Kampf fortgesetzt werden soll, und über diese Entscheidung in der am 25. d. M. stattfindenden Konferenz Bericht erstatten. Bis zu diesem Tag bleiben die Kohlewerte und die elektrischen Zentrallen im Gang wie bisher.

Verantwortlich für den Inhalt: Leit. Dicksch. Berlin; für Anzeigen: H. Gode, Berlin. Verlag: Vorwärts-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Siner u. Co., Berlin, Platenstr. 9

Sie in der Cage zu lesen:

unter halbem Tagespreis
Zähne friedenskauistik 2000 u. 2400 M.
 Goldkronen u. 22000 R. an. Erbkronen 1000 R. Spezialität:
 Zähne ohne Gaumenplatte. Zahntechnik m. Beib. u. Bestell.
 u. Gebiß gratis. Anlässe Zahlungserleichterung. Schriftl. Garant.
Zahnpraxis Halvani, Danziger Str. 1
 Neben: Zahnärztliche Heilhe für polierten Zahnarbeiten geliefert.
 Fachmännliche Untersuchung und Rat kostenlos.
 Besondere 10 Prozent Rabatt als Fahrgeldvergütung.

Frühjahrs-Neuheiten

Mäntel aus Fantasieftoffen . . . 28 000.—
 aus Donegal 39 000.—
 aus Covertcoat 56 000.—

Kostüme aus Cheviot, Gabardine, Donegal in allen Preislagen

Kleider aus Voile 25 000.—
 aus Wolle 46 000.—

bringt in gediegener Verarbeitung und vornehmer Mode das seit 1895 begründete Spezialhaus

Oskar Wollburg

Brunnenstraße 56, 57
 (Direkte Fahrverbindung: 4, 5, 8, 9, 17, 36, 37, 41, 42, 99, 100, 6.)

Hühneraugen

beseitigt sicher das Rad kalmitrel



Lebewohl

Hornhaut an d. Fußrohle verschwindet durch
Lebewohl-Ballen-Scheiben
 In Dro. u. Apoth. Man verl. ausdrückl. „Lebewohl“

Wohnungsaustausch

in u. nach Berlin sowie von Berlin nach auswärts am schnellsten durch eine Anzeige im

Groß-Berliner Wohnungsanzeiger

die einzige Spezialzeitung für möblierte Zimmer, Wohnungen u. Tauschwohnungen. Unter der Rubrik „Möblierte Zimmer zu vermieten“ werden Meldungen von Vermietern kostenlos veröffentlicht.

Verband mit d. „Groß-Berliner Wohnungsanzeiger“ ist der **Anzeiger für Grundstücks- und Geschäftsverkäufe**. Bei allen Zeugnissänder und -lösungen zu haben. Verlag und Hauptanlei erannahme: **Zeitungszentrale (ZZ) Aktiengesellschaft** Jerusalemstr. 51b - Fernsprecher: Dönh. H. 8 10-312

Zahngelisse

auch zerbrochene Gold-, Silber-, Platin- u. Double

kauft zum höchsten Tagespreis

Edelmetallverwertung Kiesiger

C., Roßstraße 8, Laden, nahe Gertraudensstraße

Zähne auf Teilzahlung

Durch frühzeitigem Einzahlungsplan in der Lage, meinen Patienten **halben Tagespreis** künstliche Zähne zum Krongen u. Brückenarbeiten auf Kredit zu liefern.

Volle Garantie.

Plomben usw., Umarbeitungen u. Reparaturen sofort. **Hans Berlin, Dentist**, Moabit, Stephanstr. 17, 1 Ecke Rathenower Straße. Sprechzeit von 9-12 u. d. 2-7, Sonntags von 10-12

Gold-, Silber-, Platin- u. Brillanten

Zahngelisse zahlt unüberblichbare P. also **R. Felske, 67 Grosse Frankfurter Strasse 67.**

Münzen

kauft Münzenhandlung **Ball, Wilhelmstraße 46.**

Marken

kauft Markenhandlung **Kosack, Burgstraße 13.**

Fahrtvergütung!

Aufgepaßt! Alles überirdend!

Greifen Sie zu!

Ohne Rück-sicht auf große Verluste! Ohne Rück-sicht des heute weit höheren Herstellungs-preises!

Herrn-Anzüge 165⁰⁰⁰, 120⁰⁰⁰, 95⁰⁰⁰, 75⁰⁰⁰
Sommer-Schlüpfer 145⁰⁰⁰, 95⁰⁰⁰, 78⁰⁰⁰, 52⁰⁰⁰
Gummi-Mäntel 120⁰⁰⁰, 75⁰⁰⁰, 58⁰⁰⁰
Hosen 42⁰⁰⁰, 35⁰⁰⁰, 28⁰⁰⁰, 22⁰⁰⁰

Rechtzeitiges Erscheinen verhindert den Andrang in den Abendstunden!

Kaufverleicherung durch Anzahlung

Hugo Simon

Spezialhaus für erstklassige Herrenkleidung
133 CHARLOTTENBURG 133
 Wilmsdorfer Straße
 an der Blomarchstraße.

Weitester Weg lohnend, da Fahrtvergütung!